

## Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2011

### Deutsche und französische Hochschulkooperation mit Tunesien

von Sebastian Hempel und Mathieu Rousselin

Die Protestbewegungen in der arabischen Welt haben teils spektakuläre gesellschaftliche Wandlungsprozesse nach sich gezogen und gipfelten im Sturz der Despoten in Tunesien, Ägypten und Libyen. Zwar haben diese «Jasminrevolutionen» die Gesellschaften vom Joch eines autoritären Regimes befreit, doch werden die neuen Demokratien nun daran gemessen, wie sie in einer Reihe konkreter Politikfeldern ihre Wirkungskraft beweisen – insbesondere auch im Hochschulbereich. Die hohe Arbeitslosigkeit junger Hochschulabsolventen stellte eine wesentliche Triebkraft der Protestbewegungen dar. Die Staaten müssen daher alles daran setzen, den Berufseinstieg junger Absolventen zu erleichtern.

Tunesien scheint in besonderem Maße als Fallbeispiel für die Untersuchung der Frage geeignet, inwiefern Deutschland und Frankreich ihre jeweilige Expertise im Hochschulbereich für den demokratischen Transformationsprozess zur Verfügung stellen. Auf der Basis einer kurzen Darstellung des tunesischen Hochschulsystems werden wir im Folgenden die unterschiedlichen Ansätze der deutschen und französischen Hochschulkooperation untersuchen – vor und nach dem Sturz des Regimes von Ben Ali. Abschließend erörtern wir die Frage, welche Schlüsse aus diesem Fallbeispiel für die Schlagkraft des deutsch-französischen Tandems gezogen werden können.

#### Strukturelle Defizite des tunesischen Hochschulsystems

Diverse Studien<sup>1</sup> haben gezeigt, dass das tunesische Hochschulsystem zumindest im Vergleich zu seinen nordafrikanischen Nachbarländern recht gut abschneidet. Mit über 400.000 mehrheitlich weiblichen Studenten (fast viermal soviel wie vor 15 Jahren) hat Tunesien eine der höchsten Studierendquoten der Region: 36 Prozent der Tunesier zwischen 20 und 24 Jahren sind an einer Universität eingeschrieben. Die Hochschulbildung ist zum größten Teil in öffentlicher Hand und kostenfrei, nur ein Prozent der Studenten lernen an

---

<sup>1</sup> Vgl. etwa Bericht der Weltbank: *The Road Not Traveled – Education Reform in the Middle East and North Africa*, MENA Development Report, 2008.

privaten Universitäten. Die staatlichen *Instituts Supérieurs des Études Technologiques* haben kurze und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Curricula entwickelt. Gemäß den Vorgaben der OECD und des Bolognaprozesses hat Tunesien darüber hinaus bereits eine Reihe von strukturellen Reformen umgesetzt, neben der Stärkung der Hochschulautonomie betrifft dies insbesondere die Einführung des Bachelor-Master-Systems.

Doch trotz dieser positiven Ergebnisse steht es nach wie vor schlecht um die Jobperspektiven junger Absolventen. Die Demokratisierung des Hochschulzuganges wurde nur unzureichend durch qualitative Reformschritte bei den Ausbildungsinhalten begleitet. In der Folge fanden in den vergangenen Jahren immer weniger Hochschulabsolventen einen Job. Fast die Hälfte (42 Prozent) der tunesischen Arbeitslosen besitzen einen Hochschulabschluss, also 5 bis 10 Prozentpunkte mehr als in Algerien und Marokko. Dies hat dazu geführt, dass viele Tunesier das Land verlassen – insbesondere in Richtung Frankreich. Das Land verliert dadurch jedes Jahr etwa 12 Prozent seiner Absolventen. Die Unzufriedenheit der arbeitslosen Akademiker, die im Land geblieben sind, ist im vergangenen Jahr zu einer wesentlichen Triebkraft der Protestbewegungen geworden und steht sinnbildlich für die Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation.

## **Hochschulkooperation mit Frankreich und Deutschland**

Vor dem Hintergrund historischer, sprachlicher und kultureller Bindungen ist der Maghreb ein traditioneller Schwerpunkt französischer Außenpolitik. So existierte bereits lange vor dem Beginn des Arabischen Frühlings eine intensive Hochschulkooperation zwischen Frankreich und den maghrebischen Staaten. 9000 Tunesier studieren in Frankreich (gegenüber nur ca. 1700 in Deutschland<sup>2</sup>). Die deutsche Politik hat bisher nur wenig Interesse an der Region gezeigt, Tunesien war nie eine Priorität deutscher Außenpolitik. Mit dem arabischen Frühling hat jedoch auch in Berlin ein Umdenken eingesetzt: Im Februar 2011 wurde der Grundstein für eine ambitionierte „Transformationspartnerschaft“ gelegt, welche in der Stärkung der demokratischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse explizit auch die Hochschulkooperation mit einschließt.

Die durch die Kulturabteilung der französischen Botschaft in Tunis koordinierte Hochschulkooperation mit Tunesien ist stark zentralisiert und umfasst mit drei Millionen Euro pro Jahr ein umfangreiches Budget. Darüber hinaus koordiniert auch die *Agence Française pour le Développement* (AFD) über ihr Büro in Tunis ein Programm im Bereich der beruflichen Bildung, für das seit 1997 73 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Schließlich haben auch einige französischen Regionen, Departements und Städte kleinere Stipendienprogramme aufgelegt. Die französische Hochschulkooperation

---

<sup>2</sup> Angaben der französischen Botschaft in Tunis.

basiert dabei auf drei Zielen: der Schaffung von Partnerschaften zwischen den zentralen und lokalen Hochschulverwaltungen (nach dem Modell der *Convention Versailles-Grand Tunis*), um die Erteilung von Doppeldiplomen zu erleichtern (Vorbild ist hier die Kooperation zwischen der *École Nationale d'Ingénieurs de Tunis* und der *École Nationale Supérieure des Techniques Avancées* in Paris); die Förderung arbeitsmarktorientierter Ausbildungsgänge und schließlich die Etablierung französischer Hochschuleinrichtungen vor Ort nach dem Modell des *Institut Tunis-Dauphine*. Das deutsche Engagement im Hochschulbereich ist hingegen stark dezentralisiert und baut auf einem Netz von staatlich finanzierten und doch formell unabhängigen Institutionen auf. Eine Schlüsselfunktion nimmt hier der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ein. Dieser vergibt seit 1981 Stipendien, insbesondere im Bereich der Ingenieurwissenschaften und Informatik, finanziert Seminare und Gastprofessuren. Punktuell kooperieren auch die politischen Stiftungen mit universitären Einrichtungen. Zusätzliche Finanzierungsquellen könnten das bisher im Umfang noch beschränkte Engagement weiter verstärken.

## **Warum gibt es keine deutsch-französische Hochschulkooperation in Tunesien?**

Aller deutsch-französischen Sonntagsreden zum Trotz zeigt das tunesische Fallbeispiel die Abwesenheit eines gemeinsamen Ansatzes im Bereich der Hochschulzusammenarbeit in Tunesien: Deutschland und Frankreich machen in erster Linie ihr eigenes Ding. Dies ist sicherlich auch auf die unterschiedlich wahrgenommene historische, kulturelle und geostrategische Bedeutung des Maghreb in Berlin und Paris zurückzuführen.

Eine genauere Betrachtung der über das TEMPUS-Programm der Europäischen Kommission durchgeführten Projekte zeigt, dass bereits einige multilaterale Ansätze zwischen tunesischen und europäischen Hochschulen existieren, insbesondere mit den Mittelmeeranrainern Frankreich, Spanien und Italien sowie dem frankophonen Belgien. Nach deutschen Partnern sucht man bisher vergebens. Darüber hinaus wird die deutsch-französische Kooperation im Hochschulbereich durch unterschiedliche Verwaltungsstrukturen erschwert. Der französische Zentralismus, in Gestalt der mächtigen Kulturabteilung der Botschaft, trifft dabei auf eine bunte Vielzahl von staatlichen und halbstaatlichen Akteuren auf deutscher Seite. Da sich die jeweiligen Verantwortlichen oft nicht einmal kennen, findet zwischen deutschen und französischen Akteuren praktisch kein direkter Austausch statt. Wenn auch auf höchster Ebene immer wieder beschworen, scheint der „deutsch-französische Motor“ im Bereich der trilateralen Hochschulkooperation kaum Kräfte freizusetzen.

Wir müssen uns eingestehen: eine umfassende deutsch-französische Abstimmung im Hochschulbereich ist wenig realistisch. Und im Grunde ist es auch legitim, dass sich deutsche und französische Universitäten im internationalen Wettbewerb um die Gunst der besten Studenten und

renommiertesten Universitäten in Tunesien bemühen. Angesichts der Tatsache, dass deutsche und französische Universitäten auch in ihren jeweiligen Ländern in einem kompetitiven Umfeld agieren, ist das schwache Engagement für trilaterale Kooperationen durchaus nachvollziehbar. Mit diesem wirtschaftlich-rationalen Argument ist jedoch nicht zu erklären, warum deutsche, französische und andere europäische Staaten nicht zumindest bei der technischen Beratung und Fortbildung der tunesischen Hochschulverwaltung ihre Kompetenzen bündeln.

## Empfehlungen

Die Untersuchung der deutschen und französischen Ansätze der Hochschulkooperation mit Tunesien hat uns zu zwei Handlungsempfehlungen geführt: Vor dem Hintergrund des unzureichenden Informationsaustauschs vor Ort wäre anzuregen, bestehende Strukturen der deutsch-französischen Hochschulkooperationen auch für trilaterale Programme in Tunesien zu nutzen. So verfügt etwa die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken über wertvolle Erfahrungen bei trilateralen Programmen mit Polen und Russland. Darüber hinaus könnten bestehende Hochschulprogramme der Europäischen Union verstärkt auf die Maghrebstaaten ausgerichtet werden, wie etwa das ERASMUS-Programm.

Zweitens müssten Kooperationsfelder identifiziert werden, in denen eine Zusammenarbeit auch in einem kompetitiv geprägten Umfeld einen konkreten Mehrwert schaffen könnte. Eine solche Kooperation in ausgewählten Teilbereichen könnte von der EU koordiniert werden und durch eine Arbeitsteilung zwischen deutschen, französischen und anderen europäischen Akteuren einerseits Kosten sparen und andererseits den tunesischen Kooperationspartnern zielgerichtet die gebündelte Kompetenz europäischer Hochschuleinrichtungen zur Verfügung stellen. Dies gilt in besonderem Maße für die Vermittlung von Erfahrungen in den Reformschritten, welche die EU bereits abgestimmt und durchschritten hat, wie der Umstellung auf das Bachelor-Master System.

*Sebastian Hempel ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für Marokko und Algerien. Mathieu Rousselin ist Doktorand im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder. Er ist im Rahmen des Projekts „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.*